

„Frauen erkämpfen Winterhilfe“?!

Hungerproteste in Kalkberge im Winter 1932/1933 mit oder ohne Johanna Elberskirchen und Hildegard Moniac? – Dokumentation einer Recherche*

I. Ausgangspunkt, Forschungsstand, Vorgehen und zentrales Ergebnis

Ausgangspunkt der Recherchen war eine Nachricht in der Zeitung der KPD, *Die Rote Fahne*.¹ In der Ausgabe vom 20. Dezember 1932 wurde unter dem Titel „Frauen erkämpfen Winterhilfe“ darüber berichtet, dass 150 Frauen und Kinder eine Sitzung der Wohlfahrtskommission in Kalkberge/Rüdersdorf störten, um Lebensmittelgutscheine für Menschen zu erstreiten, die völlig verarmt an Hunger litten. Der Protest hatte Erfolg; eine Ausgabe solcher Gutscheine wurde noch in der laufenden Woche von der Kommission in Aussicht gestellt.²

Die von den Frauen gewählte politische Aktionsform³ lässt sich als go-in bezeichnen. Mit Blick auf diese politische Aktion stellt sich die Frage, ob sich die Kalkbergerinnen, Johanna Elberskirchen (1864-1943) und ihre langjährige Partnerin Hildegard Moniac (1891-1967), daran beteiligt haben und womöglich sogar an der Initiierung, Organisation und Mobilisierung (maßgeblich) mitwirkten. Denn die Naturärztin Elberskirchen war Mitglied der ortsansässigen SPD⁴, die Gewerbeschullehrerin Moniac der USPD, und beide waren bündnispolitisch orientiert.⁵ So richtete Hildegard Moniac beispielsweise mit SPD-Genossen die Jugendweihe im Ort aus; Johanna Elberskirchen war 1909 in Bonn

* Die Recherchen für diesen Text wurden dankenswerter Weise ermöglicht durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Die Frauenaktion wurde erwähnt in: Karl, Heinz/Kücklich, Erika/Fölster, Elfriede/Haferkorn, Käthe (Hrsg.): Die Antifaschistische Aktion Mai 1932 bis Januar 1933. Karl H. Dietz 1965, S. 51.

² Komplettabschrift: O.A.: „Frauen erkämpfen Winterhilfe: *Kalkberge bei Berlin*. Gestern nachmittag tagte hier die Wohlfahrtskommission. Zu dieser Stunde fanden sich etwa 150 Frauen mit Kindern ein, die eine Weihnachtsbeihilfe forderten. Sie besetzten das Zimmer, in dem die Kommission tagte, und die Kommission mußte in Gegenwart der Frauen beschließen, Gutscheine in Höhe von 5 Mark für Verheiratete, 3 Mark für Ledige und 50 Pfennig pro Kind auszugeben, die bei den Geschäftsleuten gegen Lebensmittel eingelöst werden können. Sie werden Donnerstag früh ausgegeben.“ In: *Rote Fahne* 20.12.1932. Abdruck der Nachricht aus der *Roten Fahne* auf dem Portal der politischen Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin, online: <https://www.ruedersdorf.de/seite/236850/aktivitäten.html> (letzter Abruf 15.12.2015).

³ Vgl. Leidinger, Christiane: Zur Theorie politischer Aktionen. Eine Einführung. Münster: edition assemblage 2015.

⁴ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass gegen Johanna Elberskirchen Ende 1912/Anfang 1913 von den Bonner Sozialdemokrat*innen ein Parteiausschlussverfahren angestrengt worden war. Ob sie den Rüdersdorfer Genoss*innen davon erzählte, ist unklar. Vgl. Leidinger, Christiane: Leidinger, Christiane: Keine Tochter aus gutem Hause. Johanna Elberskirchen (1864-1943). Konstanz: UVK 2008, S. 241f.

⁵ Vgl. Leidinger 2008, Tochter.

parteiübergreifend aktiv gewesen (Fortschrittlicher Verein/Demokratische Vereinigung) und engagierte sich in verschiedenen sozialen Bewegungen: in der Homosexuellenbewegung, in der Sexualreformbewegung, in der Lebensreformbewegung und in der Arbeiterbewegung sowie in der Frauenbewegung.⁶ Bei Letzterer versuchte sie zudem den Spagat zwischen proletarischer und radikal-bürgerlicher Frauenbewegung.⁷

In dem Zeitungsartikel der *Roten Fahne* ist jedenfalls im Vergleich zu anderen Beiträgen auffällig, dass weder in der Überschrift noch im Inhalt der Nachricht explizit von Arbeiterinnen oder von Kommunistinnen die Rede ist. Damit zusammenhängend sollte weiters gefragt werden, ob (zumindest teilweise) klärbar ist, wer sich an dem Protest in Kalkberge/Rüdersdorf bei Berlin,⁸ das zum Landkreis Niederbarnim gehörte, beteiligt hat, wie die Polizei und Gemeindevertreter*innen reagierten, in welchem lokalen und regionalen sowie republikweiten Kontext die Aktion stattfand, und ob sich daraus Rückschlüsse für parteipolitische und darüber hinausreichende Bündnispolitik vor Ort ableiten lassen. Außerdem war von Interesse, wie die Akteurinnen des Protests einzuschätzen sind, also auch, ob die Aktion womöglich einen frauenpolitischen Hintergrund hatte.

Forschungsstand zu Erwerbslosenprotesten sowie zu Frauen als Protestakteurinnen

Die bisherige Forschung zu den Erwerbslosenprotesten am Ende der Weimarer Republik geht davon aus, dass die „Nachbarschaftsgruppen, lokale Initiativen und lockere[n] Zusammenschlüsse prekariert Menschen gegenüber der Organisation in Gewerkschaften und Partei in der deutschen Geschichte nur eine marginale Rolle“ spielten.⁹ Demgegenüber betonte jüngst Philipp Reick, dass die Großstädte in

⁶ Vgl. ausführlich Leidinger 2008, Tochter.

⁷ Vgl. Leidinger 2008, Tochter. Vgl. Leidinger, Christiane: Johanna Elberskirchen (1864-1943) – eine feurige Feministin und Cross-over-Aktivistin aus Bonn, unveröff. Vortrag, gehalten am 4.4.2014 in Bonn im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Man gebe dem Homosexuellen, was ihm gehört: seinen vollen Menschheitsrang!“ – Der Feministin, Sozialdemokratin und Heilpraktikerin Johanna Elberskirchen (1864-1943) zum 150. Geburtstag. Bonn 2014; Boxhammer, Ingeborg: Johanna Elberskirchen, ihr politisches Netzwerk im Bonn-Kölner Raum und die Idee einer Frauenfriedensdemonstration zu Beginn des Jahres 1913. Unter Mitarbeit von Christiane Leidinger, Online: Lesbengeschichtsportal, http://lesbengeschichte.org/aktuelles_d.html#Anchor-Forschungssplitter-17146 (letzter Abruf 22.12.2015).

⁸ Rüdersdorf zählte im Jahr 1933 10.515 Einwohner*innen. Vgl. Leidinger 2008, Tochter, S. 321.

⁹ Reick, Philipp 2015: „A Poor People’s Movement? Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930er Jahren“. In: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Vol. 14, No. 2015/I, S. 20-36, Online: <http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de/?p=415> (letzter Abruf 10/2015), hier S.

Deutschland „ein rasches Anwachsen von Erwerbslosenprotesten [erlebten], die eigene Aktionsformen prägten und mitunter parteiferne kulturelle Milieus ausbildeten“¹⁰, weshalb die bisherige Sicht „relativiert“ werden müsse.¹¹

Frauen als Akteurinnen von Protest in Deutschland fristen in der Forschung nach wie vor ein Schattendasein. In der Regel wird – trotz gegenteiliger Kenntnisse¹² – Frauen keine aktive Rolle bei politischen Aktionen zugesprochen. Demgegenüber kommt beispielsweise Joachim C. Häberlen in seiner auf Akten des Polizeipräsidiums¹³ basierenden Leipziger Lokalstudie über die „Rolle von Frauen in der Straßenpolitik am Ende der Weimarer Republik“ zu dem Schluss, dass Straßenproteste „keineswegs immer eine exklusiv männliche Domäne“ waren.¹⁴ Vielmehr waren Frauen auf den „Straßen präsent und beteiligten sich an dort stattfindenden gewaltsamen wie auch gewaltlosen Auseinandersetzungen“, wobei sie an der „Eskalationsdynamik von Gewalt ihren Anteil“ hatten und auf der „Straße auch die Initiative übernahmen“.¹⁵ Dazu zählten u.a. die Beteiligung an Demonstrationen der KPD wie auch eigene (sozialdemokratische) Aufzüge,

22.

¹⁰ Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 22.

¹¹ Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 22.

¹² Zu diesem Wissen zählt beispielsweise die Beteiligung von Frauen im Vormärz und der Revolution 1848 oder auch die an den Hungerunruhen während des 1. Weltkriegs: So waren etwa die sogenannten „Lichtenberger Butterkrawalle“ am 15. und 16. Oktober 1915 stark, teils maßgeblich von Frauen getragen: Sie versammelten sich auf den Straßen und plünderten Geschäfte. Am 28. Oktober versammelten sich rund 200 bis 250 Frauen, die der Sozialdemokratie angehörten, vor dem Haus, in dem der Parteiausschuss tagte, um gegen die Politik des Parteivorstandes zu demonstrieren. Die sechsköpfige Frauen-Deputation ließen die Genossen eine Stunde warten und betonten, nicht gestört werden zu wollen, woraufhin die Frauen den Saal stürmten. Eine Diskussion wurde verweigert, die Frauen zogen schimpfend ab – nachdem sie ihre Stinkbomben losgeworden waren. Oder: Ende August 1922 zogen Frauen in Berlin auf der Frankfurter Allee Richtung Lustgarten und demonstrierten so gegen die weiteren Preisanstiege. Vgl. Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914-1932. In: Gailus, Manfred u.a. (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980). Berlin: Verlag Europäische Perspektiven 1984, S. 79-123, hier S. 83-85; 110. Vgl. auch Lipp, Carola: Frauenspezifische Partizipation an Hungerunruhen des 19. Jahrhunderts. Überlegungen zu strukturellen Differenzen im Protestverhalten. In: Gailus, Manfred/Volkman, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verl. 1994, S. 200-213. Lipp, Carola/Kienitz, Sabine/Binder, Beate: Frauen bei Brotkrawallen, Straßentumulten und Katzenmusiken – Zum politischen Verhalten von Frauen 1847 und in der Revolution 1848/49. In: Assion, Peter (Hrsg.): Transformation der Arbeiterkultur. Beiträge der 3. Arbeitstagung der Kommission „Arbeiterkultur“ in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Marburg vom 3. bis 6. Juni 1985. Marburg 1986, S. 49-63. Hagemann, Karen: Frauenprotest und Männerdemonstrationen. Zum geschlechtsspezifischen Aktions- und Demonstrationsverhalten im großstädtischen Arbeitermilieu in der Weimarer Republik. In: Warneken, Bernd Jürgen (Hrsg.): Massenmedium Straße: Zur Kulturgeschichte der Demonstration. Frankfurt a. M./New York 1991, S. 202-230. Wenig zu politischen Aktionen von Kommunistinnen findet sich bei Silvia Kontos. Kontos, Silvia: Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik. Basel/Frankfurt a. M.: Stroemfeld-Verlag 1979.

¹³ Häberlen, Joachim C.: „Weiter haben sich zwei Frauenpersonen besonders hervorgetan.“ Zur Rolle von Frauen in der Straßenpolitik am Ende der Weimarer Republik. In: L'Homme. Z. F. G. Bd. 23, 1/2012, S. 91-105. DOI: 10.7767/lhomme.2012.23.1.91, January 2013.

¹⁴ Häberlen 2012, Frauenpersonen, S. 91.

¹⁵ Häberlen 2012, Frauenpersonen, S. 92, vgl. S. 97F; 99; 103f.

Aufforderungen von Gefangenenbefreiung, außerdem generell verbale Beteiligung durch lautes Geschrei, was zu einer „Siedestimmung“ beitrug.¹⁶

Insbesondere für die frühe Phase der Weimarer Republik kommt Karen Hagemann zu dem ersten Schluss, dass die Frauenbeteiligung wohl bei Anlässen mit Feiertagscharakter, also an entsprechenden Kundgebungen und Umzügen, am größten gewesen ist, zumal sie dabei ihre Kinder mitnehmen konnten.¹⁷ Außerdem formierten sich größere Frauendemonstrationsblocks im Rahmen von Wahlkämpfen.¹⁸ Die Historikerin sieht als „zentrale Ursache für die Dominanz von Männern“ bei Aktionen der Arbeiterbewegung, dass diese Form „männlichem Auftreten und Verhalten entsprach“, da das „physisch-demonstrative Aneignen und Besetzen von Raum“ zu deren alltäglichem Repertoire gehörte.¹⁹

Gleichwohl war, wie Karen Hagemann betont, die unter dem Begriff „Lebensmittelunruhen“ zusammengefasste „Form des subsistenzorientierten Straßenprotests“ zwischen 1920 und 1923 stark von Arbeiterfrauen getragen.²⁰ Auch ihren Kampf gegen das Abtreibungsverbot durch den § 218 RStGB trugen Frauen – oftmals im Kontext des Internationalen Frauentages, den sie seit 1911 begingen – auf die Straße: So demonstrierte beispielsweise am Vorabend des 8. März 1931 trotz Schneegestöber das Frauenagitationskomitee der KPD mit 2.000 Frauen in Hamburg.²¹ Die Parolen der Demonstration, die verschiedene Kämpfe miteinander verband, lauteten: „Gegen den Gebärzwang des § 218! Gegen die Verstöße des Unternehmertums auf die Rechte der Arbeiterklasse! Gegen Lohnabbau, Hunger und Faschismus! – Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!“²²

Das Alter der Frauen, die an politischen Aktionen teilnahmen, unterschied sich deutlich vom Durchschnitt der weiblichen Mitglieder von Arbeiterorganisationen: „Die Mehrzahl der Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen waren Hausfrauen und Mütter im Alter zwischen 30 und 50 Jahren. Der Anteil der unter 30jährigen (...) lag in der SPD 1929 bei 21%; in der KPD, die insgesamt eine deutliche jüngere Altersstruktur als die SPD aufwies, war er vermutlich etwas höher.“²³

Der Anteil von Frauen an den Parteiangehörigen lag 1928 im Reich bei 21% der SPD-

¹⁶ Häberlen 2012, Frauenpersonen, S. 104, vgl. S. 100f.

¹⁷ Vgl. Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 204.

¹⁸ Vgl. Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 205.

¹⁹ Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 205; 224f.

²⁰ Vgl. Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 214; 225.

²¹ Vgl. Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 223.

²² Zit.n. Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 223.

²³ Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 204.

Mitglieder und bei 17% KPD-Mitgliedern. Im großstädtischen Raum wie etwa in Hamburg lag der Anteil mit 26% bzw. 23% oftmals deutlich darüber.²⁴ Über Zahlen von Parteimitgliedern oder Organisationen der Arbeiterbewegung in Niederbarnim oder speziell in Rüdersdorf bei Berlin/Kalkberge ist bislang nichts bekannt.

Vorgehen

Da das *Brandenburgische Landeshauptarchiv* das gesamte Jahr 2015 sowie zu Jahresbeginn 2016 wegen Umzugs der Bestände geschlossen blieb und auch keine Anfragen beantwortet werden konnten, musste das Schwergewicht der Recherche auf die mediale Berichterstattung zu den Protesten gelegt werden. Um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, wurden entsprechend zunächst neben der *Roten Fahne* v.a. verschiedene Regionalzeitungen recherchiert. Dass es keine Lokalpresse für Kalkberge/Rüdersdorf gab, war bereits bekannt. Nicht zur Auswertung kommen konnte u.a. *Der rote Scheinwerfer. Organ der Kalkberger Werktätigen*, da lediglich eine Ausgabe, und zwar in einer im Landesarchiv Berlin archivierten Akte, überliefert ist.²⁵

Parallel zur Recherche der in Frage kommenden Zeitungen nahm ich – nach meiner Arbeit an der Biografie über Johanna Elberskirchen²⁶ – erneut Kontakt zum Ortschronisten Reinhard Kienitz (Jg. 1937) auf, der auch bei den *Rüdersdorfer Heimatfreunden* aktiv ist,²⁷ um ihn nach dem Dezember-Protest zu fragen. Von Quellen zu dieser Aktion hatte er noch nichts gehört, allerdings erinnerte er sich daraufhin an eine Demonstration von Frauen im Januar 1933, von der er in den *Niederbarnimer Nachrichten* gelesen hatte. Um auch diese Spur zu verfolgen und einen etwaigen Zusammenhang zu klären, weitete ich den geplanten Sichtungszeitraum der Zeitungen von Dezember 1932 auf den kompletten Januar 1933 aus. Zur Presse, die ich für diesen Zeitraum sichten konnte,²⁸ gehören: der

²⁴ Vgl. Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 204.

²⁵ Vgl. LAB A Rep. 358-01 Nr. 1790 (Generalstaatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin). Unter demselben Titel erschienen lt. Eintrag in der Zeitschriftendatenbank (ZDB) auch ab 1928 bzw. 1931 drei Zeitungen in Hannover, Leipzig und Weißbach. Die Kalkberger Schrift ist in der ZDB jedoch gar nicht verzeichnet, soll lt. Akte im LAB ca. zwei Jahre erschienen sein (1932/1933). Des Weiteren wurde die Zeitung *Der Südosten* recherchiert, jedoch gibt es keine überlieferten Ausgaben für die Jahrgänge 1920, 1932 und 1933. Der Südosten: Publikations-Organ für den 15. Groß-Berliner Verwaltungsbezirk, Adlershof, Altglienicke, Johannisthal, Oberschöneweide, Niederschöneweide, Treptow. – Berlin-Oberschöneweide: Scheumann [26.1921 – 38.1933].

²⁶ Leidinger 2008, Tochter.

²⁷ Online: <http://www.ruedersdorfer-heimatfreunde.de/> (letzter Abruf 15.12.2015).

²⁸ Eventuell interessant könnten die folgenden vier Zeitungen sein: *Berliner Südost-Anzeiger*, *Groß-Berliner Ost-Zeitung*, *Tägliches Kreisblatt für den Kreis Beeskow-Storkow* und das NSDAP-Organ *Niederbarnimer Kreisblatt*. Angaben dazu aus der ZLB: *Berliner Südost-Anzeiger*: Verkündungsblatt für den 15. städtischen Verwaltungsbezirk. – Berlin-Treptow: Winterfeld & Häntschke 17.1913 – 24.1920 nachgewiesen (ZLB, Berlinstudien). *Groß-Berliner Ost-Zeitung*: *Niederbarnimer Zeitung*; *Heimatblatt für Friedrichshagen*,

*Berliner Lokal-Anzeiger, Das Dampfboot. Berlin-Köpenick*²⁹, *Der Lokal-Anzeiger für Storkow und Umgebung, Niederbarnimer Nachrichten, Die Rote Fahne* und die *Vossische Zeitung*.

Das zentrale Ergebnis

Das Kalkberger Beispiel zeigt die Beteiligung von Frauen an politischen Aktionen wie direkten Aktionen (go-ins) und Versammlungen unter freiem Himmel Ende 1932 sowie Anfang des Jahres 1933. Frauen traten dabei als alleinige Akteurinnen mit Kindern oder zusammen mit Männern auf. Ob es sich dabei auch oder womöglich ausschließlich um parteipolitisch organisierte Frauen handelte, konnte bislang nicht geklärt werden.

Die Recherche und Auswertung der Presseberichte ergab zudem, dass der Versuch von Frauen in Kalkberge, im Dezember 1932 eine Winterhilfe zu erkämpfen, nur scheinbar erfolgreich gewesen ist. Denn eine nachfolgende Meldung zur Ausgabe der vermeintlich erstrittenen Gutscheine zeigte, dass diese schließlich gar nicht erfolgt war.³⁰ Die Beteiligung von Johanna Elberskirchen und Hildegard Moniac sowie von anderen bekannten linken Genossinnen und Genossen aus Kalkberge bzw. Rüdersdorf bei Berlin an den Aktionen bleibt völlig unklar, da in der Presse keinerlei Namen genannt werden. Weil es während der Proteste zwar teils zu massiver Polizeigewalt, aber zu keiner Festnahme kam, sind auch bei einer perspektivischen Aktenauswertung aus dem Potsdamer Archiv eher keine Namen zu erwarten. Grundsätzlich bleibt es vor dem Hintergrund der politischen Überzeugungen beider Frauen denkbar, dass sie sich an den Protesten beteiligt oder diese womöglich zentral mitgetragen haben.

Hirschgarten, Rahnsdorf, Wilhelmshagen, Hessenwinkel, Schöneiche, Kleinschönebeck, Fichtenau, Grätzwalde, Hohenberge, Schönblick, Ravenstein, Münchehofe, Hönow, Dahwitz, Hoppegarten, Mahlsdorf, Kaulsdorf. – Berlin-Köpenick: Scheumann & Müller 44.1928,230(1.Okt.) – 58.1943,61(13/14.März); 76.1943/44 nachgewiesen. Tägliches Kreisblatt für den Kreis Beeskow-Storkow. Amtliches Verkündigungsblatt des Landrates, der Kreisverwaltung, Amtsvorsteher, Bürgermeister und anderer Behörden des Kreises. Beeskow: Knüpl & Haeseler. Nachgewiesen 87.1925 – 106.1944[?]. Niederbarnimer Kreisblatt: Mitteilungsblatt der Kreisleitung der NSDAP und amtliches Organ der Kreisverwaltung des Kreises Niederbarnim. Oranienburg: Freyhoff 1868 – 1944 [?].

²⁹ Das Dampfboot. Berliner Ostzeitung; parteilose Tageszeitung für die im 16. Groß-Berliner Verwaltungsbezirk vereinigten Orte Köpenick mit Uhlenhorst und Wendenschloß, Grünau, Bohnsdorf, Schmöckwitz, Müggelheim, Friedrichshagen, Rahnsdorf usw. - Berlin: Scheumann. In der Zeitung finden sich (zumindest 12/1932 und 1/1933) die Rubriken „Aus der Mark“, „Großgemeinde Kalkberge“ und „Die Frau und ihre Welt“. Coverangabe vom 22.12.1932: Das Dampfboot. Berlin-Köpenick. Unparteiische Tageszeitung für die im 16. Groß-Berliner Verwaltungsbezirk vereinigten Orte: Köpenick mit Uhlenhorst und Wendenschloß, Grünau, Bohnsdorf, Schmöckwitz, Müggelheim, Friedrichshagen, Rahnsdorf usw.“

³⁰ Dies unterstreicht im Übrigen erneut die quellenkritische Notwendigkeit von Nachrecherchen um ein fokussiertes Datum.

Politischer Kontext: Massenarbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise und die Erwerbslosenpolitik der KPD

Die Proteste in Kalkberge Ende Dezember fanden leicht zeitversetzt mit vielen politischen Aktionen gegen Erwerbslosigkeit und Verarmung in Berlin und in vielen anderen Teilen der Weimarer Republik statt, die dort seit Herbst durchgeführt wurden³¹ – zumeist parteipolitisch von der KPD organisiert.

Um den 21. Dezember 1932 herum wurden in verschiedenen Berliner Rathäusern, etwa in Kreuzberg und in Lichtenberg,³² go-ins durchgeführt.³³ Für Lichtenberg ist überliefert, dass die KPD im Zuge der Proteste einen Dringlichkeitsantrag auf kostenlose Bereitstellung von Lebensmitteln und Kohlen für die erwerbslosen Menschen im Bezirk stellte – und damit Erfolg hatte: Der Antrag wurde – anders als in anderen Bezirken – angenommen, sogar einstimmig. In Treptow hatte die kommunistische Fraktion 1931 mehrfach Anträge auf Winterhilfen o.ä. eingebracht, scheiterte aber immer wieder an der SPD.³⁴ An dem Lichtenberger Beispiel zeigt sich besonders eindringlich, dass „sich Widerstand dann erfolgreich durchsetzen ließ, wenn er als unmittelbare oder flankierende Aktion die niederen städtischen Verwaltungsbehörden oder lokalen Volksvertreter adressierte“.³⁵ In Kalkberge in der Mark gestaltete sich die politische Bündnislage offenbar etwas anders, worauf ich wieder zurückkomme.

Über die Berliner Stadtgrenze und dessen Umland hinaus sind die Proteste sehr wahrscheinlich im Zusammenhang mit einem Appell Ernst Thälmanns (1886-1944) zu sehen. Der KPD-Vorsitzende hatte am 20. November 1932 die hungernden Massen dazu aufgerufen, die Herausgabe von Vorräten zu erzwingen.³⁶ Schon 1930/31 hatte die kommunistische Reichstagsfraktion mehrfach Anträge eingebracht, erwerbslose Menschen mit Brot zu beliefern.³⁷ Seit Ende 1925 beobachtete die KPD die Probleme der Erwerbslosigkeit mit verstärkter Aufmerksamkeit. 1926 veranstaltete sie die erste

³¹ Hinweise auf Besetzung von Rathäusern am 21.12.1932, in Hessen Besetzung 11/1932 und 1/1933, in Magdeburg Herbst 1932, Kassel 1932. Vgl. Karl/Kücklich/Fölster/Haferkorn 1965, S. 51.

³² Vgl. z.B. O.A.: Sturm auf das Wohlfahrtsamt. In: Vossische Zeitung 21.12.1932, Abend-Ausgabe. O.A.: Tumult im Lichtenberger Rathaus. Vereitelte K.P.D.-Demonstration. In: Vossische Zeitung 22.12.1932, Morgen-Ausgabe.

³³ Vgl. Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 32.

³⁴ Vgl. Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 32f.

³⁵ Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 36.

³⁶ Vgl. Bahne, Sigfried: Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik. In: Mommsen, Hans/Schulze, Winfried (Hrsg.): Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung. Stuttgart: Klett-Cotta 1981, S. 477-496, hier S. 493.

³⁷ Bahne 1981, Erwerbslosenpolitik, S. 493.

„Reichskonferenz der Erwerbslosen“ und am 18. März 1927 fand der erste von der Partei organisierte Erwerbslosentag statt, weitere folgten; zudem wurden eine spezielle Zeitung herausgegeben und Erwerbslosenausschüsse und -räte gegründet.³⁸ Die KPD trat u.a. ein für die „Schaffung einer staatlichen Erwerbslosenfürsorge mit dem Prinzip der Selbstverwaltung durch die Fürsorgeempfänger“, für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Erhöhung der Sätze um 50 Prozent, außerdem für eine Ausweitung des Anspruchs für die Dauer der Erwerbslosigkeit.³⁹ Die erforderlichen Mittel sollten durch eine „Erhöhung der Besitzsteuern und die Beschlagnahmung des ‚Fürstenraubs‘ erbracht werden“.⁴⁰ Während der Weltwirtschaftskrise 1929 stieg die Zahl der Arbeitslosen massiv an: von 9,7% im Jahr 1928 über 14,6% 1929, 22,7% 1930, 34,7% 1931, auf 44,4% im Jahr 1932; im gleichen Zeitraum stieg auch die Zahl der Kurzarbeitenden von 5,7% auf 22,6%.⁴¹ In Berlin waren im Frühjahr 1933 464.126 Männer und 210.970 Frauen, insgesamt rund 675.000 Menschen erwerbslos;⁴² jedoch ist davon auszugehen, dass Frauen sich selbst – aufgrund des heteronormativ gedachten Erwerbsmarktes – seltener erwerbslos meldeten, auch wenn sie ihre Arbeit verloren hatten oder eigentlich eine aufnehmen wollten. Insofern dürften die Zahlen die Frauen betreffend noch deutlich höher liegen. Für Rüdersdorf bei Berlin sind für Menschen ohne Erwerb für die Jahre 1929 und 1930 Zahlen überliefert: Waren es zunächst 192 Menschen, stieg dies sprunghaft auf 1.181.⁴³

Im März 1930 hatte Martha Arendsee (1885-1953) in der *Roten Fahne* die Zunahme der Erwerbslosigkeit von Frauen mit 20,5% beziffert, besonders stark in der Metallverarbeitung; bei den Männern waren es 12,4% Steigerung. Sie gibt insgesamt die Zahl von 11,4 Millionen Erwerbslosen an, von denen nur ca. 5,5 Millionen der Arbeitslosenversicherung unterstellt waren.⁴⁴ Dies liege daran, dass „Frauen als Mithelfende und auch große Teile als Landarbeiterinnen nicht in die Versicherung einbezogen werden“.⁴⁵ Die Löhne und Gehälter waren landesweit allgemein auf ein

³⁸ Bahne 1981, Erwerbslosenpolitik, S. 481f.; 491; 493. Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 26-28.

³⁹ ZK der KPD zit.n. Bahne 1981, Erwerbslosenpolitik, S. 481.

⁴⁰ Bahne 1981, Erwerbslosenpolitik, S. 481.

⁴¹ Bahne 1981, Erwerbslosenpolitik, S. 483.

⁴² Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 23.

⁴³ Vgl. Leidinger 2008, Tochter, S. 338; zit.n. Rademacher, Michael: Landkreis Niederbarnim. Homepage Deutsche Verwaltungsgeschichte 1871 – 1990. o.O. 2006. Online:

<http://www.verwaltungsgeschichte.de/niederbarnim.html> (letzter Abruf 1/2007).

⁴⁴ Vgl. M. Arendsee [d.i. Martha Arendsee]: Unerhörtes Elend der erwerbslosen Frauen. Schnelleres Anwachsen der Frauenerwerbslosigkeit – Verzweiflungskämpfe um Unterstützung – Mehrere hunderttausend Frauen ohne Unterstützung – Heraus zur gemeinsamen Offensive!“ In: Rote Fahne 6.3.1930, S. 4.

⁴⁵ Arendsee 1930, Elend.

Niveau von 1925/26 gefallen.⁴⁶ Im Laufe des Jahres 1932 spitzte sich die Krisensituation zu: Mit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 verlor die ohnehin schon nur bei wenigen greifende und kaum ausreichende Arbeitslosenversicherung ihren Versicherungscharakter; zudem wurde am 1. Oktober 1932 die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 bzw. 16 Wochen gekürzt.⁴⁷ Matthias Scharl beschreibt die Situation so: „Tag für Tag drohte den Bewohnern die Exmittierung [Zwangsräumung, c], die Zwangsversteigerung, die Gefahr, den Kiez verlassen zu müssen, die Heimat, die Freunde, permanent war die Sorge um das tägliche Brot. (...) Den notleidenden Menschen wurden Verhaltensweisen aufgezwungen, die als Unbotmäßigkeiten bestraft und verfolgt wurden.“⁴⁸ Und weiter: „Hunger durchzog die Straßen der Wohnviertel (...) ‚Hunger!‘ ‚Wir haben Hunger!‘ – ‚Haben sie keine Angst, wir haben nur Hunger und wollen kein Geld.‘ – ‚Wir wollen nichts, wir wollen uns nur eine Wurst einpacken.‘ – Sätze, mit denen verzweifelte Menschen in Geschäfte eindringen, um zu plündern. Es ging um die Wurst, um Butter und Kaffee, niemals um Reichtümer.“⁴⁹ Solidarität wurde großgeschrieben, das Geplünderte oft geteilt.⁵⁰ Auf den „Stempelstellen, den Arbeitsnachweisen und Wohlfahrtsämtern brodelte es unentwegt“.⁵¹ Viele Menschen hatten nichts mehr zu verlieren, Gewalt gehörte zur Tagesordnung: „Die Gewalt hier gilt als ganz normale Erscheinung, so normal wie die Verhältnisse waren, unter denen die kleinen Leute gewaltsam an der individuellen Lebensführung gehindert waren.“⁵²

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass die organisierten Erwerbslosen sich seit den späten 1920er Jahren bei ihren Kundgebungen und Demonstrationen vermehrt Angriffen durch die SA ausgesetzt sahen; diese faschistischen Überfälle spitzten sich vor allem in proletarischen Stadtvierteln Berlins, wie etwa in Kreuzberg, zu.⁵³ Zum Schutz wurden sogenannte „Erwerbslosen-Selbstschutzstaffeln“ gegründet.⁵⁴

⁴⁶ Scharl, Matthias: Ein Kampf ums nackte Überleben. Volkstumulte und Pöbelexzesse als Ausdruck des Aufbegehrens in der Spätphase der Weimarer Republik. In: Gailus, Manfred u.a. (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1980). Berlin: Verlag Europäische Perspektiven 1984, S. 125-141, hier S. 136.

⁴⁷ Bahne 1981, Erwerbslosenpolitik, S. 483. Zur Arbeitslosenversicherung, die 1927 eingeführt wurde, Krisenunterstützung sowie der kommunalen Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge vgl. den Überblick bei Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 24.

⁴⁸ Scharl 1984, Überleben, S. 136.

⁴⁹ Scharl 1984, Überleben, S. 142f.

⁵⁰ Vgl. Scharl 1984, Überleben, S. 143.

⁵¹ Scharl 1984, Überleben, S. 152.

⁵² Scharl 1984, Überleben, S. 153.

⁵³ Vgl. Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 27.

⁵⁴ Reick 2015, Erwerbslosenproteste, S. 27.

Die Geschehnisse in Kalkberge im Dezember 1932

Den Presseberichten zufolge kam es in Kalkberge im Dezember 1932 und im Januar 1933 zu verschiedenen politischen Aktionen. Diesen gingen am 14. Dezember eine Gemeindevertretersitzung im Restaurant „Zur Goldenen Traube“ in der Redenstraße in Kalkberge voraus. Auf dieser Sitzung brachte – wie ein paar Tage vorher angekündigt⁵⁵ – die kommunistische Fraktion den Antrag auf Zahlung von Weihnachtsunterstützung ein.⁵⁶ Die Deckungsidee, die ebenfalls die KPD vorschlug, bezog sich auf die Einführung einer „Wohnungsluxussteuer“.⁵⁷ Der Antrag wurde mit „12 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten“ durch die Gemeindevertretung beschlossen. Allerdings erklärte der Gemeindevorsteher, sehr wahrscheinlich ein Herr Hintze,⁵⁸ so ein Pressebericht im *Dampfboot*, „sofort, diesen Beschluß beanstanden zu müssen, soweit er sich auf ungedeckte Ausgaben beziehe.“⁵⁹ Damit nicht genug: Einen Tag vor Weihnachten berichtete *Das Dampfboot*, dass der von der Wohlfahrtskommission – im Angesicht des Frauenprotests – beschlossene Winterhilfe vom Landrat des Kreises Niederbarnim die Genehmigung versagt worden war: „auf Grund zwingender gesetzlicher Vorschriften“, „weil die Gemeinde Kalkberge durch den großen ungedeckten Fehlbetrag in ihrem Etat am Ende ihrer Kraft ist“.⁶⁰ Es liegt nahe, dass die Flugblattaktion an den Weihnachtsfeiertagen mit dieser Entscheidung in Zusammenhang stand: Die *Niederbarnimer Nachrichten* berichteten, dass vor allem im Ortsteil Rüdersdorf am 25. und 26. Dezember Flugblätter verteilt worden waren, deren Inhalt sich in „gehässiger Art gegen den Gemeindevorsteher Hintze richtete“.⁶¹ In der Marienstraße wurden schließlich 345 Exemplare davon beschlagnahmt.⁶² Der von beiden linken Parteien und den Faschisten getragene Gemeinderatsbeschluss lässt aufhorchen und die Frage stellen, ob die Hungerproteste bündnispolitisch von der Sozialdemokratie und der KPD sowie Arbeiterbewegungsorganisationen gemeinsam – womöglich auch mit Nicht-Parteimitgliedern – getragen wurden.

⁵⁵ O.A.: Gemeindevertreter-Sitzung. In: *Dampfboot* 10.12.1932, Nr. 290.

⁵⁶ Vgl. *Dampfboot* 15.12.1932, Nr. 294.

⁵⁷ *Dampfboot* 15.12.1932, Nr. 294.

⁵⁸ Vgl. O.A.: Kommunistische Flugblätter beschlagnahmt. In: *Niederbarnimer Nachrichten* 28.12.1932.

⁵⁹ *Dampfboot* 15.12.1932, Nr. 294. 1931 waren die bürgerlichen Parteien einer Mehrheit von SPD und KPD unterlegen gewesen, die NSDAP hatte zwei Sitze errungen. Vgl. Leidinger 2008, Tochter, S. 320. Vgl. zu den politischen Verhältnissen in Rüdersdorf dies., S. 320-327.

⁶⁰ O.A.: Eine Folge der schlechten Finanzlage. In: *Dampfboot* 23.12.1932, Nr. 301.

⁶¹ *Niederbarnimer Nachrichten* 28.12.1932.

⁶² Vgl. *Niederbarnimer Nachrichten* 28.12.1932.

Kalkberger Bündnispolitik?

Während die Berliner Proteste – zumindest im Spiegelbild der Presse – auf eine ausschließliche Beteiligung von KPDlerinnen und Sympathisantinnen hindeuten, zeigt sich in Kalkberge ein anderes Bild. Grundsätzlich ist hierbei zu bedenken, dass die Proteste als kommunistisch ‚aufgewiegelt‘ dargestellt wurden,⁶³ was es ohne weiterführende Quellen noch schwieriger macht, die soziale und politische Zusammensetzung der Protestaktiven zu beurteilen. Nachrichten und Berichte in der *Roten Fahne* verweisen generell auf eine starke Beteiligung der KPD an solchen Aktionen. Ob damit jedoch jeder Protest seitens Kommunist*innen organisiert und von diesen maßgeblich getragen wurde, ist noch unklar. In den lokalen und regionalen Zeitungsberichten wird jedenfalls von einer Dominanz kommunistischer Beteiligter gesprochen, allerdings implizit auch auf andere Personenkreise verwiesen. Die sich in den Berliner Zeitungsberichten spiegelnden Proteste gegen Massenerwerbslosigkeit und die Verelendung der Arbeiterschaft waren vermutlich größtenteils von der KPD organisiert. Ziel dürfte es gewesen sein, auf die anstehenden politischen Diskussionen im Magistrat und auf kommunaler Ebene zur Winterbeihilfe o.ä. Druck auszuüben. Dafür sprechen die Orte des Protests sowie die Gleichzeitigkeit der durchgeführten politischen Aktionen, meist go-ins während Sitzungsterminen und währenddessen gestellten Anträgen auf Sach- und/oder Geldbeihilfen durch die KPD. Die auffällige Häufung von Frauen als Protestakteurinnen (bei aller Vorsicht hinsichtlich des überschaubaren Forschungsstandes) spricht ebenfalls für ein koordiniertes Vorgehen.

Für die Proteste in Kalkberge bedeutet dies, dass es durchaus möglich ist, dass sich kommunistische Genossinnen und Genossen ein Beispiel an den Berliner Protesten genommen haben. Dies liegt auch parteiorganisatorisch nahe: Die Kalkberger und Rüdersdorfer KPD gehörte bis zur erzwungenen Illegalität im Frühjahr 1933 zum Unterbezirk Köpenick.⁶⁴

Dies schließt jedoch *keineswegs* aus, dass es sich im Dezember bei dem Kampf um Winterhilfe im Berliner südöstlichen Umland um eine divers zusammengesetzte Akteurinnenschaft handelte, die über die KPD hinausging oder vielleicht unabhängig von ihr war.

⁶³ Vgl. z.B. O.A.: Erwerbslose dringen ins Wohlfahrtsamt. Folgen kommunistischer Hetzparolen. In: Berliner Lokal-Anzeiger 9.12.1932, Nr. 584; O.A.: Eine kommunistische Straßendemonstration. In: Niederbarnimer Nachrichten 6.1.1933.

⁶⁴ Der Unterbezirk erstreckte sich bis hinter Erkner, Fangschleuse, Hangelsberg einschließlich Rüdersdorf und Kalkberge. Vgl. Bund der Antifaschisten Köpenick: KPD, Kommunistische Partei Deutschlands. Berlin o.J. Online: <http://bda-koepenick.de/verfolgte/kpd.html> (letzter Abruf 16.12.2015).

Karen Hagemann hat für Anfang der 1920er Jahre darauf hingewiesen, dass „organisierte Selbsthilfetätigkeit der Arbeiterfrauen häufig über Parteigrenzen hinweg“ stattfand, gleichwohl nur an der Basis.⁶⁵ Gerade die Lebensmittelunruhen und Teuerungsproteste hatten ihr zufolge eine „eigene Logik und Struktur außerhalb der Arbeiterbewegung, aber innerhalb des Arbeitermilieus: Auch dieser Protest war organisiert, nur nicht so langfristig; sein wichtigstes Organisationsprinzip war das kollektive Handeln in Gruppen miteinander bekannter Menschen.“⁶⁶

Die Geschehnisse in Kalkberge im Januar 1933

In Berlin kam es zu Jahresbeginn 1933 zu massenhaften Protesten, an denen sich viele Jungarbeitslose und junge Arbeiter (sowie Arbeiterinnen?) in 15 großen Zügen beteiligten, wie die *Rote Fahne* am 5. Januar euphorisch berichtete.⁶⁷ Am 5. Januar versammelten sich auch in Kalkberge Menschen zu einer Demonstration bzw. zu Kundgebungen.⁶⁸ In der Redenstraße und vor der Villa des Gemeindevorstehers kam es zu Protesten, die, so der Berliner *Lokal-Anzeiger* „von kommunistischer Seite angezettelt waren“⁶⁹: „[I]m Sprechchor rief man ‚Hunger‘ und ‚gebt uns zu essen‘ und zog weiter durch die Redenstraße“, heißt es in den *Niederbarnimer Nachrichten*.⁷⁰ Der Versuch, ein Geschäft, es war eine Filiale von Goldacker, zu stürmen, wurde von der Polizei verhindert. Aus der Umgegend wurden Landjäger⁷¹ zusammengezogen, um die Versammlung gewaltsam zu zerstreuen. Dabei kam es zum Einsatz von Gummiknüppeln und der Androhung, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.⁷² Die drei vorliegenden Presseberichte sind nicht ganz eindeutig, ob es an einem Tag (5.1.) oder an zwei Tagen (4./5.1.) in Kalkberge zu Aktionen gekommen ist: Einerseits ist die Rede davon, „[G]estern haben sie die Frauen vorgeschickt, die im Gemeindeamt vorsprachen“⁷³, andererseits heißt es: „mehrere hundert erwerbslose Frauen und Männer hauptsächlich der kommunistischen Partei“

⁶⁵ Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 216.

⁶⁶ Hagemann 1991, Frauenprotest, S. 216.

⁶⁷ O.A.: Unsere Partei beherrscht die Straßen! In: *Rote Fahne* 5.1.1933.

⁶⁸ O.A.: Eine kommunistische Straßendemonstration. In: *Niederbarnimer Nachrichten* 6.1.1933. O.A.: Kommunistische Erwerbslosenunruhen. In: *Berliner Lokal-Anzeiger* 9.1.1933.

⁶⁹ *Berliner Lokal-Anzeiger* 9.1.1933.

⁷⁰ *Niederbarnimer Nachrichten* 6.1.1933.

⁷¹ Zu Polizei, politischer Polizei und Landjägern als militärischer Parallelorganisation in der Weimarer Republik vgl. Liang, Hsi-huey: *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik*. Berlin/Boston: De Gruyter 1977, S. 344. Graf, Christoph: *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches*. Mit einem Vorwort von Walther Hofer. Berlin: Colloquium-Verlag 1983.

⁷² *Berliner Lokal-Anzeiger* 9.1.1933.

⁷³ *Niederbarnimer Nachrichten* 6.1.1933.

hatten sich „im Gebäude der Amts- und Gemeindeverwaltung“ versammelt, „um ihre Forderung nach Gewährung von Sonderunterstützung beim Gemeindevorsteher durchzusetzen“.⁷⁴ Die Polizei räumte das Gebäude; außerdem wurden Ansammlungen in der Burg- und Redenstraße zerstreut und Plünderungen verhindert.⁷⁵ Des Weiteren wird berichtet, dass die ortsansässige Polizei künftig durch 10 Berliner Schutzpolizisten verstärkt wird⁷⁶ und ein Versammlungsverbot gilt, und zwar für „alle Aufzüge und Ansammlungen, soweit diese demonstrativen Charakter haben“.⁷⁷ Hier zeigt sich demnach in den letzten Tagen der Weimarer Republik im Berliner Umland eine massive Einschränkung des Rechts auf Versammlungsfreiheit: Am 6. Januar, also einen Tag nach den Protesten, hatte der Kalkberger Amtsvorsteher für den gesamten Polizeibezirk⁷⁸ ein Versammlungsverbot verhängt. Dieses Verbot wurde knapp eine Woche lang, bis zum 13. des Monats, aufrechterhalten.⁷⁹ Ob es Versuche gab, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen, ist nicht überliefert. Vermutlich blieb die Stimmung schlecht – nicht nur, weil sich an der Not nichts geändert hatte. Und die Gemeinde reagierte, zumindest ein wenig, naheliegenderweise, um die Situation zu entschärfen.

Hilfe für Erwerbslose?

In der Ausgabe vom 18. Januar 1933 lässt sich im *Dampfboot* nachlesen, dass die Gemeindeverwaltung sich entschlossen hatte, „erneut eine Geld- und Kleidersammlung“ durchzuführen.⁸⁰ Weiter hieß es: „Aus den Erträgen der Geldsammlung wird die Einlösung von Lebensmittelgutscheinen vom 1 April 1933 ab erfolgen. Diese Scheine werden schon in den nächsten Tagen, voraussichtlich am Freitag [d.i. 20.1.1933] dieser Woche ausgegeben werden und zwar sollen verheiratete Erwerbslose einen Gutschein über 3 Mark und ledige Erwerbslose einen solchen über 2 Mark erhalten. Die Gutscheine können zur Bezahlung von Lebensmitteln auf den Kalkberger Wochenmärkten nicht verwendet werden.“ Ob es zur Ausgabe der Gutscheine unter dem faschistischen Regime gekommen ist, bleibt offen. Jenseits dieser Frage darf angenommen werden, dass es ohne die Proteste von Frauen, Kinder und Männern in Kalkberge im Winter 1932/1933 wohl nicht zur Unterstützung seitens der Gemeinde gekommen wäre.

⁷⁴ O.A.: Erwerbslosenunruhen. In: *Dampfboot* 6.1.1933, Nr. 5

⁷⁵ *Dampfboot* 6.1.1933, Nr. 5. In einer Zeitung wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Gemeinde bei Plünderungen haftbar gemacht werden kann. Vgl. *Niederbarnimer Nachrichten* 6.1.1933.

⁷⁶ *Berliner Lokal-Anzeiger* 9.1.1933.

⁷⁷ *Dampfboot* 6.1.1933, Nr. 5.

⁷⁸ Hier ist vermutlich die Großgemeinde Kalkberge gemeint.

⁷⁹ O.A.: Aufhebung des Demonstrationsverbots in Kalkberge. In: *Dampfboot* 14.1.1933.

⁸⁰ O.A.: Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen. In: *Dampfboot* 18.1.1933.

Razzien und andere Repression

Am 28. Januar 1933 findet sich eine bemerkenswerte Nachricht im *Berliner Lokal-Anzeiger*: Darin wird von einer Razzia im „Volkshaus“ der Kommunist*innen in Kalkberge berichtet.⁸¹ Während dieser nächtlichen Durchsuchung wurden nicht nur u.a. bei einem Gast ein geladener Trommelrevolver, sondern an Stühlen, unter Tischen sowie unter dem Billard- und hinter dem Schanktisch auch Gummiknüppel in Greifnähe entdeckt. Diese, so der Wirt im Verhör, seien zur Verteidigung bei Überfällen angebracht worden.⁸² Er war selbstbewusst und frech genug auszusagen, dass es sich bei diesem Arrangement um eine „Selbstschutzeinrichtung“ handele, die er sich selbst ausgedacht habe und die er als kostenlosen „Kundendienst“ für die Gäste betrachte.⁸³ Diese Schutzmaßnahme lässt vorsichtige Rückschlüsse auf die Stimmung in Kalkberge zu. Im Lagebericht (16.2.-26.2.1933) schreibt der Landrat an den Regierungspräsidenten in Potsdam über die Razzia: Es habe sich bei den am 23. Januar im „Volkshaus“ beschlagnahmten Waffen um 10 Gummiknüppel gehandelt, „angefertigt aus einem Gartenschlauch, gefüllt mit Blei und Sand, die unter den Gästetischen versteckt waren“.⁸⁴ Er berichtet des Weiteren von Schlägereien und Schießereien zwischen Angehörigen der KPD und NSDAP, u.a. in Kalkberge. Da von den sich im „Volkshaus“ treffenden Kommunisten Angriffe ausgingen, habe man das „Volkshaus“ aufgrund § 23 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 geschlossen.⁸⁵ Dabei blieb es nicht. Den „Lageberichten der Geheimen Staatspolizei“ für den Regierungsbezirk Potsdam zufolge kam es in Kalkberge direkt nach dem politischen Systemwechsel am 30. Januar 1933 zu Protesten gegen die Nazis: Seitens der KPD mache sich eine „starke Aktivität gegen die Regierung bemerkbar, die aber durch Einsatz starker Polizeikräfte in der Entwicklung erstickt wurde“; „im Kreise der SPD ist es ruhig geblieben“.⁸⁶ Am 10. Februar 1933 wurde eine weitere politische Razzia durchgeführt und dabei drei KPDLer festgenommen und dem Richter vorgeführt, da diese ohne Erlaubnis eine Schusswaffe besaßen.⁸⁷ Vermutlich wenige Tage später wurden, so ein Pressebericht, in Woltersdorf 13 kommunistische Funktionäre in „Schutzhaft“

⁸¹ O.A.: Kalkberge. Nachricht. In: Berliner Lokal-Anzeiger 28.1.1933, Nr. 24.

⁸² Vgl. Berliner Lokal-Anzeiger 28.1.1933, Nr. 24.

⁸³ Wirt zit.n. Berliner Lokal-Anzeiger 28.1.1933, Nr. 24.

⁸⁴ Ribbe, Wolfgang/Hinze, Sibylle: Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936. – 1. Der Regierungsbezirk Potsdam. Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz ; 40,1. Köln u.a.: Böhlau 1998, S. 27.

⁸⁵ Vgl. Ribbe/Hinze 1998, S. 27; vgl. S. 23.

⁸⁶ Ribbe/Hinze 1998, S. 26.

⁸⁷ Vgl. Ribbe/Hinze 1998, S. 27; vgl. S. 23.

genommen.⁸⁸ Verhaftungen von Sozialdemokraten(-innen?) und Kommunisten (-innen?)⁸⁹ gab es auch in Erkner. In Kleinschönebeck fanden und beschlagnahmten die Beamten zudem eine Druckmaschine bei einem früheren Kalkberger, dem „Tischlermeister K“.⁹⁰ „Bereits im März wurden zwei Rüdersdorfer *KPD*ler in das KZ Oranienburg verschleppt. Einer davon war der Fabrikmaschinist Wilhelm Huschbeck (1895-1943), der 1933 erst in die Partei eingetreten war. Für eine Woche inhaftierte man ihn ab dem zweiten Tag der Existenz dieses frühesten Konzentrationslagers auf Preußischem Boden. Die SA-Standarte Niederbarnim hatte das KZ am 21. März 1933 in Abstimmung mit der *NSDAP*-Gauleitung, der Polizei und der SA-Gruppe mitten in der Stadt in einer ehemaligen Brauerei eingerichtet. Von den dort rund 3.000 durch ‚Schutzhaft‘ Internierten wurden mindestens 16 ermordet.“⁹¹ Zumindest eine überlieferte Akte gibt Auskunft zur Überwachung kommunistischer Aktivitäten und Personen im Umland Berlins und speziell in Kalkberge durch die politische Polizei in den Jahren/zur Jahreswende 1932/1933.⁹² Für den 22. Januar 1934 wird durch einen Landjägerposten die Verteilung von kommunistischen Zeitungen in Kalkberge gemeldet und diese Information vom Landrat an den Regierungspräsidenten von Potsdam weitergegeben; auch später gab es noch vereinzelte Meldungen über Widerstandsaktionen und -versuche in Kalkberge/Rüdersdorf und Umgebung.⁹³

Christiane Leidinger (Berlin 2015/2016), unter Mitarbeit von Ingeborg Boxhammer

⁸⁸ Vgl. O.A.: Zahlreiche kommunistische Funktionäre in Woltersdorf verhaftet. In: Niederbarnimer Nachrichten 23.2.1933.

⁸⁹ Vgl. Niederbarnimer Nachrichten 23.2.1933.

⁹⁰ Niederbarnimer Nachrichten 23.2.1933.

⁹¹ Leidinger 2008, Tochter, S. 311.

⁹² Vgl. LAB A Rep. 358-01 Nr. 1790 (Generalstaatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin).

⁹³ Vgl. Ribbe/Hinze 1998, S. 27. Für Widerstand in den weiteren Jahren vgl. Ribbe/Hinze 1998.

II. Chronologische Dokumentation von Inhalten aus den gefundenen Artikeln (Auswahl)

1930

Ereignisse und Daten 3/1930

BERLIN, KÖPENICK, FRIEDRICHSHAGEN

Überschrift „Hungermarsch auf Berlin. Die Hungernden spotten des Verbots des kleinen Jagow“ (in: RF 6.3.1930, S. 2)

Demonstrationen in vielen Stadtbezirken

„In Köpenick fanden gleichfalls wuchtige Kundgebungen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter“ statt.

„Eine Versammlung der Erwerbslosen und Betriebs[unleserlich / arbeiter?] in Friedrichshagen forderte sofortige Aufhebung des Versammlungsverbots und gelobte, trotz Demonstrationsverbots sich die Straße nicht verbieten zu lassen.“

Überschrift „Demonstrationen im ganzen Reich. Vorbereitungen der Arbeiter und Erwerbslosen zum 6. März“ (in: RF 6.3.1930, S. 2)

Überschrift „Auf den Stempstellen gärt es...“ eine der Unterüberschriften: „Weibliche Erwerbslose behandelt man wie Vieh“ (in: RF 6.3.1930, S. 5)

„Und die weiblichen Erwerbslosen? Wie die Heringe werden sie in das Loch, genannt Nachweis, in der Grünstraße, bei ganz unzulänglichen Sitzgelegenheiten zusammengepfercht.“; zwei bis drei Stunden auf den Stempel warten.

Überschrift „Arbeiterinnen! Arbeiterfrauen! Heraus zu den öffentlichen Frauenkundgebungen gegen Teuerung, Erwerbslosigkeit, drohende Mietzinserhöhung, zum internationalen Frauentag am Freitag, 6. März“ (in: RF 6.3.1930, S. 7, Herv.i.O.)

Neun Berliner Versammlungsorte werden genannt.

Überschrift „Unerhörtes Elend der erwerbslosen Frauen. Schnelleres Anwachsen der Frauenerwerbslosigkeit – Verzweiflungskämpfe um Unterstützung – Mehrere hunderttausend Frauen ohne Unterstützung – Heraus zur gemeinsamen Offensive!“ (in: RF 6.3.1930, S. 4, M. Arendsee [d.i. Martha Arendsee (1885-1953), seit 1906 SPD, seit 1917 USPD, seit 1920 KPD. u.a. Reichstagsabgeordnete von 1924-1930]

11,4 Mill. erwerbslose Frauen, davon nur ca. 5,5 Mill. der „Arbeitslosenversicherung unterstellt“, „weil die Frauen als Mithelfende und auch große Teile als Landarbeiterinnen nicht in die Versicherung einbezogen werden“.

Zunahme der Erwerbslosigkeit beträgt bei den Frauen im Vergleich zu Vorjahr 20,5% und bei den Männern 12,4%, Zunahme besonders hoch in der Metallverarbeitung, Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden stieg hier um 68% (bei den Männern um 41,4%)

Verschlechterung der Situation von Frauen seit Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetz, seitdem Unterstützungssätze nicht mehr einheitlich, sondern abhängig vom Lohn; daher wichtig: gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Hinweis auf Krisenunterstützung, die aber oft Frauen verweigert werde (nicht zugelassene Berufsgruppen, Status verheiratet oder im Haushalt mit Angehörigen lebend)

1932

Ereignisse und Daten 12/1932

BERLIN

Überschrift „Erwerbslose dringen ins Wohlfahrtsamt. Folgen kommunistischer Hetzparolen“ (in: BL-A 9.12.1932, Nr. 584)

„Heute Vormittag“ (= Freitag, 9.12.1932) „ist es wieder auf einem Berliner *Wohlfahrtsamt* zu *Krawallszenen* gekommen. Ein Trupp von etwa 40 bis 50 Arbeitslosen zog geschlossen nach dem Wohlfahrtsamt des Bezirks Mitte in der Chausseestraße, um die Gratisabgabe von Kohlen und Kartoffeln zu verlangen.“ „drangen in das Zimmer des Abteilungsleiters ein und forderten ihn auf, mit ihnen nach dem Rathaus zum Oberbürgermeister zu kommen, um hier über ihre Forderungen zu verhandeln“. Polizeieinsatz. „In einer Sitzung eines Unterausschusses des Stadtgemeindevausschusses stellten gestern [= Donnerstag, 8.12.1932] die Kommunisten erneut den Antrag auf Gratislieferung von Kartoffeln an Erwerbslose aus den Beständen der städtischen Güter. (...) Wenn man nur jedem der 400000 verheirateten Unterstützungsempfänger in Berlin einen einzigen Zentner Kartoffeln schenken würde, so würde dies für den Stadtsäckel eine Ausgabe von 1 Millionen RM bedeuten. Der Magistrat will sich in seiner nächsten Sitzung nochmals mit der Frage einer Gratislieferung von Kohlen und Kartoffeln an die Erwerbslosen beschäftigen.“⁹⁴

Überschrift „Frauen stürmen Berlins Stadtparlament. Unbeschreibliche Tumulte im Rathaus“ (in: NN 16.12.1932)

Auf der Donnerstagssitzung (= 15.12. oder 8.12.) der Berliner Stadtverordnetenversammlung

„wurde plötzlich die Tür zum Sitzungssaal aufgerissen und etwa zwei Dutzend Frauen drangen unter lautem Geschrei in den Sitzungssaal. Magistratsbeamte, die sich ihnen in den Weg stellen wollten, wurden über den Haufen gerannt, hierbei wurde ein Hausdiener und der Rathausinspektor am Arm verletzt“. Rufe wie: „Wir sind die Frauen der erwerbslosen Arbeiterschaft, wir verlangen Brot, Winterkleidung und Kohlen für unsere Kinder!“ „Die Frauen kletterten auf die Rednertribüne, füllten die Magistratsbänke, beschimpften die nichtkommunistischen Stadtverordneten“, verließen den Saal, ankommende Polizei brauchte nicht einzuschreiten. „Die demonstrierenden Frauen waren inzwischen zu dem Bürgermeister Lange [SPD, cl] und Dr. Elsaß geführt worden, die ihre Wünsche und Schilderung verschiedener Einzelfälle anhörten und eingehende Untersuchung zusagten.“ Am Eingang des Rathauses stand eine größere Zahl Frauen mit Kindern, die versuchten mit den kleinen auf die Tribüne zu gelangen, „um von dort aus eine besondere Demonstration durchzuführen“.

s. VZ 16.12.1932, s. RF 16.12.1932, S. 1 sowie RF 17.12.1932, Nr. 218, 1. Beilage

⁹⁴ Ob Hilde Radusch (1903-1994) hieran beteiligt gewesen ist, bleibt offen. Sie war von 1929 bis 1932 jedenfalls KPD-Stadtverordnete in Berlin-Mitte. Vgl. Hoss, Christiane: Vor die Tür gesetzt: Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945. Berlin: Verein Aktives Museum 2006, S. 316.

Überschrift „Schwere Tumulte im Stadtparlament. Frauen dringen in den Sitzungssaal ein.“ (in: BL-A 16.12.1932, Nr. 595)

„neue Störungsart ausgedacht“, „stürmte unvermutet ein Haufen kommunistischer Frauen in den Sitzungssaal und stimmte ein gellendes Geschrei an“, „Hunger!'-Rufe“, „insbesondere richteten sie ihre Angriffe gegen Bürgermeister Lange [SPD, cl] und Stadtkämmerer Asch [?]. Kommunistische Stadtverordnete, allen voran Kasper und Wischnewski, schürten die Aufregung.“ „Rufe ‚Kohlen, Kartoffeln!‘“, „Wir gehen nicht eher, als bis unsere Forderungen bewilligt sind“.

„starke Polizeikräfte in der Vorhalle bereitgestellt“; Stadtrat Lingweiler [?] bemühte sich gleichwohl, die eingedrungenen Frauen gütlich zum Verlassen des Sitzungssaales zu bewegen. Das gelang ihm dann auch schließlich. Unter heftigen Drohungen gegen die Sozialdemokraten *verließen die Eindringlinge den Saal*. Anschließend entwickelte sich eine bewegte Redeschlacht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.“

Überschrift „Zwischenfall im Stadtparlament. Frauen stürmen in den Sitzungssaal – Auch Ansammlungen vor dem Rathaus. Die Ermächtigungsvorlage angenommen“ (in: Db 16.12.1932, Nr. 295, 1. Beilage)

„kam es zu unbeschreiblichen Tumultszenen“; während „Kommunist Schwenk den Standpunkt seiner Fraktion vertrat, wurde plötzlich die Tür zum Sitzungssaal aufgerissen und etwa zwei Dutzend Frauen drangen unter lauten Rufen in den Sitzungssaal. *Magistratsbeamte, die sich ihnen entgegenstellen wollten, wurden über den Haufen gerannt*. Hierbei wurden ein Hausdiener und der Rathausinspektor am Arm verletzt. Die Frauen stießen Rufe aus wie: Wir sind die Frauen der erwerbslosen Arbeiterschaft, wir verlangen Brot, Winterkleidung und Kohlen für unsere Kinder! usw. Die Frauen kletterten auf die Rednertribüne, füllten die Magistratsbänke, stießen Beschimpfungen gegen Stadtverordnete aus, kurz, es herrschte im Sitzungssaal etwa eine viertel Stunde lang ein vollkommenes Durcheinander.“ Wiederbeginn der Beratungen, Stadtverordnetenvorsteher Haß [?] gab „zunächst seinem Bedauern über die vorgekommene Störung Ausdruck, [welche? unleserlich] Erklärung von einigen Tribünenbesuchern mit höhnischen Zurufen begleitet wurde. Die Frauen waren inzwischen zu dem Bürgermeister Lange [SPD, cl] und Dr. Elsas [sic] geführt worden, die ihre Wünsche anhörten und eingehende Untersuchung zusagten.“ „Wie sich später herausstellte, waren am Eingang des Rathauses auch eine große Anzahl von Frauen in Begleitung von Kindern erschienen. Die Frauen versuchten, mit den Kleinen auf die Tribüne zu gelangen, um von dort aus eine besondere Demonstration durchzuführen. Durch das Aufsichtspersonal wurde das jedoch verhindert.“

Überschrift „Arbeitermütter verhöhnt und verspottet. Tolle Beschimpfungen von ‚Angriff‘ und ‚Vorwärts‘ – Hunderttausende Zentner Kartoffeln auf städtischen Gütern – Der bürgerlich-sozialdemokratische Magistrat will sie nicht rausrücken – Erhebt eure Forderung gegen Hunger und Frost“ (in: RF 17.12.1932)

„Sie forderten Kartoffeln, Brennstoff, warme Kleidung, Geldbeihilfe von 20 Mark und Zahlung der rückständigen Mieten. (...)“ Es muss jedoch festgestellt werden, daß der Magistrat im Stadtverordnetenausschuß Geldbeihilfen abgelehnt hat.“

Hinweise zum Hintergrund sowie nachfolgende Ereignisse:

1. Haushaltsausschuss des Reichstages nahm EntschlieÙung an, in der die Reichsregierung ersucht wurde „durchgreifende MaÙnahme zu treffen, durch die den groÙen Massen der notleidenden Bevölkering eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe gewährt wird und dabei folgende Forderungen zu verwirklichen“, u.a. für den Winter 1932/33 „für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe“, „unentgeltliche Belieferung mit solchen Naturalien (z.B. Brot, Kohlen, Kleidungsstücken)“, die „Mittel“ „stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung“, keine Verrechnung (in: Db 13.12.1932), siehe 2.

2. Letzte Sitzung Reichskabinett vor Weihnachtsferien: Beratung über „Winterhilfe“ (Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums), bei der es sich um Verbilligungsscheine für Fleisch und Brennstoffe u.a. teilweise Anderes handelt plus „Notwerk für die Jugend“ (20Pf. pro Kopf Zuschuss) (in: VZ 21.12.1932, Abend-Ausgabe; VZ 22.12.1932, Morgen-Ausgabe)

Winterhilfe entsprechend den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums verabschiedet (in: Db 22.12.1932)

3. Diskussion um „Winterhilfe der Stadt“; „Ausschuss des Stadtgemeinde-Ausschuss beriet heute [= 21.12.] „über verschiedene Parteianträge auf unentgeltliche Kartoffellieferungen an die Erwerbslosen“. „Antrag angenommen, daß im Sinne des Stadtverordnetenbeschlusses (...) mit den auf den städtischen Gütern zur Verfügung stehenden Kartoffeln sofort durchgeführt werden soll. Darüber hinaus wurde dann noch beschlossen, daß nach den Beschlüssen der Reichsregierung wegen der Durchführung einer Winterhilfe für die Berliner Unterstützungsempfänger eine großzügige zusätzliche Hilfsaktion beschleunigt eingeleitet und durchgeführt wird.“ (in: VZ 21.12.1932, Abend-Ausgabe)

4. *Lebensmittelplünderungen* in verschiedenen Geschäften (z.B. in: VZ 21.12.1932, Abend-Ausgabe und Morgen-Ausgabe), Polizeipräsident ordnet regelmäßige Streifen an gegen „besorgniserregende Häufung von Raubtaten in Berlin“, jede Polizeidienststelle nimmt vertrauliche Mitteilungen entgegen; Liste mit sechs Geschäftsplünderungen innerhalb von zwei Stunden

Überschrift „KPD-Geschäft von der Polizei geschlossen“ (in: BL-A 19.12.1932, Nr. 49)

u.a. „Unruhen“ in der Leipziger Straße „gegen ½ 6“, „Ausgang“ „kommunistischen Buchladen“ in der Leipziger Straße 54. „Führer der politischen Bereitschaft“ ließ den Buchladen räumen und schließen; Lebensmittelplünderungen in Geschäften in der Goltzstraße (es kam zu Festnahmen), Heesestraße, „kommunistische Krawalle“ in der Tauenzienstraße, die gewaltsam von der Polizei zerstreut wurden. „Während des Sonntags wurden bei den kommunistischen Demonstrationen etwa 50 Personen festgenommen und der Politischen Polizei zugeführt.“

Überschrift „Sturm auf das Wohlfahrtsamt“ (in: VZ 21.12.1932, Abend-Ausgabe)

Heute Morgen (d.i. 21.12.1932) „versuchten“ „Erwerbslose“ das Wohlfahrtsamt Kreuzberg in der Yorckstraße zu stürmen

„Sie bildeten Sprechchöre und drangen dann in die Räume ein.“ „Revierbeamte“ räumten das Haus. Eine Person wg. „Widerstand“ „zwangsgestellt“.

s. Kalkberge

Überschrift „Tumult im Lichtenberger Rathaus. Vereitelte K.P.D.-Demonstration“ (in: VZ 22.12.1932, Morgen-Ausgabe)

Anlass: BVV-Lichtenberg, gestern (= 21.12.) in der Möllendorfstraße und im Rathaus kam es zum „Tumult“

„Kommunistische Bezirksverordnete hatten Frauen und Kinder zum Sitzungssaal gebracht, die den Forderungen der K.P.D. Nachdruck verleihen sollten.“ Bürgermeister holt zwei Polizeibeamte, die die Versammlung zerstreuen sollten

„da ihnen Widerstand entgegengesetzt wurde, mußte das Ueberfallkommando alarmiert werden“. „Die Polizei räumte das Rathaus und säuberte die Straße, auf der sich einige Hunderte K.P.D.-Leute angesammelt hatten. Zwei Personen wurden zwangsgestellt.“

Bürgermeister Siggel schloss Sitzung, als sich bei der Rede eines Sozialdemokraten Tumult erhob

auch andere Orte in der Stadt Demonstrationen: „Müllerstraße, zwischen Brüsseler und Limburgerstraße abends zwischen 6 und 7 etwa 1.000 KPDler

Gummiknüppelinsatz, vier Festnahmen, zwei der Sistierten wurden der politischen Polizei übergeben

Überschrift „Winterhilfe vom Kabinett verabschiedet. 500 Millionen für die Arbeitsbeschaffung“ (in: Db 22.12.1932)

letzte Sitzung des Reichskabinetts vor Weihnachtspause, Winterhilfe wurde gemäß den Vorschlägen des Reichsarbeitsministers verabschiedet: „Sie wird für die drei Monate Januar bis März gewährt, verbilligt den Erwerb von Lebensmitteln und Brennstoffen, vor allem dehnt sie den Personenkreis erheblich aus. (...) Nach der bisherigen Regelung wurde die öffentliche Winterhilfe nur Unterstützungsempfängern gewährt, die Familienzuschläge erhielten bzw. einen eigenen Haushalt führten. Die neue Regelung umfaßt alle Hauptunterstützten in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und in der öffentlichen Fürsorge sowie bedürftige Empfänger von Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz. Die Führung eines eigenen Haushalts wird nur für die Verbilligung von Brennstoff vorausgesetzt.“ Mittel: rund 35 Millionen Mark werden von der Reichskasse aufgebracht, außerdem: besondere Mittel für das „Notwerk der deutschen Jugend“

Überschrift „Demonstrationen in Treptow und Neukölln“ (in: Db 24.12.1932)

„Gestern“ (= 23.12.1932) Versammlung vor dem Treptower Rathaus, „die durch im Sprechchor ausgestoßene Rufe, Unterstützungen in bar oder in Naturalien forderte“, Polizeieinsatz. „Eine Abordnung der Demonstranten war auch beim Wohlfahrtsdezernenten erschienen, der ihr auseinandersetzte, daß ein Bezirksamt für solche außeretmäßigen Ausgaben nicht zuständig sei.“ Demonstrierende waren wohl Anhänger (Anhängerrinnen?) der KPD. „KPD soll ihre Anhänger schriftlich aufgefordert haben, vor das Treptower Rathaus zu ziehen“. Demo wurden im Treptower Park fortgesetzt: „das Ueberfallkommando“ „mußte“ „einschreiten“. Versammlung vom ca. 50 Erwerbslosen vor dem Neuköllner Rathaus: „Sie schickten eine Abordnung zu dem Leiter der Wohlfahrtsabteilung und verlangten eine Erhöhung der Unterstützungssätze um zwei bis drei Mark. Der Leiter der Abteilung mußte die Forderung anlehen.“ Demo „kommunistischer Parteianghöriger“ auch in der Kaiser-Friedrich-Straße.

KALKBERGE

Überschrift „Gemeindevertreter-Sitzung“ (Rubrik „Aus der Mark“/„Großgemeinde Kalkberge“) (in: Db 10.12.1932, Nr. 290)

Ankündigung Gemeindevertreter-Sitzung am Mittwoch, 14.12. „im Saale des Restaurants ‚Zur Goldenen Traube‘, Redenstraße 51“. Auf der Tagesordnung u.a. Einführung des neuen Gemeindeverordneten der KPD, Karl Meyer, sowie: „Anträge der kommunistischen Fraktion betreffend eine Winterhilfsaktion für alle Unterstützungsempfänger“

KALKBERGE 14.12.1932

Überschrift „Gemeindevertreter-Sitzung“ (Rubrik „Großgemeinde Kalkberge“) (in: Db 15.12.1932, Nr. 294)

„Gestern“ (= 14.12.1932), Einführung von Karl Meyer (KPD) anstelle des ausgeschiedenen Niebisch. „Sodann verlas der Gemeindevorsteher die Anträge der kommunistischen Fraktion, die in der Hauptsache die Zahlung von Weihnachtsunterstützungen betreffen. Der Deckungsvorschlag, den die gleiche Fraktion eingereicht hat, sei die Einführung einer Wohnungsluxussteuer. Mit 12 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten beschließt die Gemeindevertretung dem Antrage stattzugeben. Der Gemeindevorsteher erklärt sofort, diesen Beschluß beanstanden zu müssen, soweit er sich auf die ungedeckten Ausgaben beziehe.“

KALKBERGE 19.12.1932

Überschrift „Frauen erkämpfen Winterhilfe“ (In: RF 20.12.1932 = Di)

Komplettabschrift

„Kalkberge bei Berlin. Gestern nachmittag [= Mo, 19.12.1932] tagte hier die Wohlfahrtskommission. Zu dieser Stunde fanden sich etwa 150 Frauen mit Kindern ein, die eine Weihnachtsbeihilfe forderten. Sie besetzten das Zimmer, in dem die Kommission tagte, und die Kommission mußte in Gegenwart der Frauen beschließen, Gutscheine in Höhe von 5 Mark für Verheiratete, 3 Mark für Ledige und 50 Pfennig pro Kind auszugeben, die bei den Geschäftsleuten gegen Lebensmittel eingelöst werden können. Sie werden Donnerstag früh ausgegeben.“

Donnerstag (= 22.12.1932)

keine Hinweise in VZ (Morgen- und Abend-Ausgabe: 20.12.-23.12.1932)

s. VZ 21.12.1932, Abend-Ausgabe: Hinweis auf Stürmung Wohlfahrtsamt Kreuzberg mit Sprechchören, Räumung durch Revierbeamte, eine Person wg. „Widerstand zwangsgestellt“

KALKBERGE 23.12.1932

Überschrift „Eine Folge der schlechten Finanzlage“ (Rubrik „Großgemeinde Kalkberge“) (In: Db 23.12.1932, Nr. 301)

Komplettabschrift:

„Die Wohlfahrtskommission hatte, angesichts der Not der Erwerbslosen und vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörden, beschlossen, jedem verheirateten Erwerbslosen einen Lebensmittelgutschein über 5 Mark und jedem Ledigen einen solchen über 3 Mark zu geben. Die Genehmigung dieses Beschlusses hat der Landrat des Kreises Niederbarnim jetzt auf Grund zwingender gesetzlicher Vorschriften versagen müssen, weil die Gemeinde Kalkberge durch den großen ungedeckten Fehlbetrag in ihrem Etat finanziell am Ende ihrer Kraft ist.“

KALKBERGE 25./26.12.1933

Überschrift „Kommunistische Flugblätter beschlagnahmt“ (in: NN 28.12.1932)

Flugblatt-Aktion am 25./26.12.1933 in „Kalkberge, besonders im Ortsteil Rüdersdorf Flugblätter verteilt, deren Inhalt sich in gehässiger Art gegen Gemeindevorsteher Hintze richtete“. Beschlagnahmung von 345 Ex. in der Marienstraße. Bei Vorsitzenden des Erwerbslosenausschusses Woschee, der sagt, ein Unbekannter habe sie ihm in die Wohnung zum Verteilen gelegt. „Die Behauptungen, die Schutzpolizei koste die Gemeinde Kalkberge täglich 500 Mark, sind vollkommen übertrieben.“ Schutzpolizei hätte Kalkberge gestern (= 27.12.) ohnehin bereits wieder verlassen.

KALKBERGE

Überschrift „’Alle Leute holen sich Holz!’“ (Rubrik „Aus der Mark“/„Großgemeinde Kalkberge“) (in: Db 28.12.1932)

Ein Kaulsdorfer und ein Mann aus Kalkberge haben Holz aus dem Wald bei Friedrichshagen geholt und standen wg. Holzdiebstahls vor dem Schöffengericht Köpenick. Strafmandat von 40 Mark, ihr „Einspruch, den sie mit ihrer Notlage infolge Arbeitslosigkeit begründeten“, führte zur Reduktion auf 24 Mark.

KALKBERGE

Überschrift „Aus dem Gerichtssaal“ (Rubrik „Großgemeinde Kalkberge“) (in: Db 30.12.1932)

Wg. Diebstahls im Rüdersdorfer Forst vor Gericht: vier Arbeiter aus Kalkberge hatten sich aus dem Wald „Kloben- und Knüppelholz“ im Wert von 5 Mark geholt. Strafe: je 50 Mark. Zwei Arbeiter aus Kalkberge-Tasdorf entwendeten am Bahnhof Rüdersdorf etwa zwei Zentner Steinkohle.

Ereignisse und Daten 1/1933

BERLIN

Überschrift „Unsere Partei beherrscht die Straßen! Aus dem Osten, Westen, Norden und Süden Berlins marschieren 15 Riesenzüge“ (in: RF 5.1.1933)

Kundgebung im Lustgarten, anschließend Demonstration von „2000 Jungarbeitern“ bis Teutoburger Platz (viele Erwerbslose und „junge Betriebsproleten“)

SACHSEN

Überschrift „Kohlen und Lebensmittel erkämpft“ (in: RF 8.1.1933)

„Hungerdemonstrationen“ in Sachsen: Riega, Wurzen, Pegan, Plauen, Frankenberg auch in Emden, Delmenhorst und in Waldenburg in Schlesien

KALKBERGE 5.1.1933

Überschrift „Erwerbslosenunruhen“ (Rubrik „Aus der Mark“/„Großgemeinde Kalkberge“) (in: Db 6.1.1933, Nr. 5)

Komplettabschrift

„Am gestrigen Donnerstag [d.i. 5.1.1933] nachmittag kam es in den Geschäftsstraßen des Ortes und vor der Villa des Gemeindevorstehers zu größeren Kundgebungen Erwerbsloser. In der Redenstraße sollte die Filiale von Goldacker gestürmt werden, was aber durch die rechtzeitig eintreffende Polizei verhindert wurde. Den aus der Umgegend zusammengezogenen Landjägern gelang es mit dem Gummiknüppel und der Drohung,

von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, die Ansammlungen zu zerstreuen. Zur Sicherheit der Einwohnerschaft wurde die Polizei sofort durch zehn Berliner Schutzbeamte verstärkt. Von anderer Seite wird hierzu noch gemeldet: Gestern versammelten sich mehrere hundert erwerbslose Frauen und Männer, hauptsächlich der kommunistischen Partei, im Gebäude der Amts- und Gemeindeverwaltung und versuchten ihre *Forderung nach Gewährung von Sonderunterstützungen* beim Gemeindevorsteher durchzusetzen. Als erklärt wurde, dass die Gemeinde wegen Mangels an Mitteln den Anträgen nicht stattgeben könne, nahm etwa gegen 1 Uhr die Menge eine drohende Haltung ein, so daß die Räumung des Gebäudes durch die Polizei notwendig wurde. Weitere Ansammlungen in der Bergstraße und in der Redenstraße wurden von der Polizei zerstreut und Plünderungen verhindert. Die Ortspolizeibehörde hat bis auf weiteres alle Aufzüge und Ansammlungen, soweit diese demonstrativen Charakter haben, innerhalb des Ortes verboten und besonders darauf hingewiesen, daß Verstöße unter keinen Umständen geduldet werden.“

KALKBERGE 5.1. evtl. 4.1.1933

Überschrift „Eine kommunistische Straßendemonstration“ (in: NN 6.1.1933 = Fr.)

„Gestern“ (d.i. Donnerstag, 5.1.)

„Die Not in der Gemeinde Kalkberge ist besonders groß“, „Aufhetzer“ (= Kommunisten), „Gestern haben sie Frauen vorgeschickt, die im Gemeindeamt vorsprachen. Nur soviel, um ein Brot und Fett zu kaufen. Erst waren es einzelne, dann drängten immer mehr nach und brachten Forderungen an. Dem Gemeindevorsteher blieb nichts anderes übrig, als die Leute mit Polizeigewalt entfernen zu lassen. Dann sammelte sich die Menge am Friedhof in der Nähe der Wohnung des Gemeindevorstehers, im Sprechchor rief man ‚Hunger‘ und ‚gebt uns zu essen‘ und zog weiter durch die Redenstraße. Vor Goldacker sah die Sache schon bedrohlicher aus – aber da erschien plötzlich die Polizei und stellte die Ruhe wieder her.“

Hinweis auf Schutzpolizei sowie auf Haftbarmachung der Gemeinde nach Plünderungen

KALKBERGE 5.1.1933

Überschrift „Kommunistische Erwerbslosenunruhen“ (in: BL-A 9.1.1933 = Mo.)

Donnerstag nachmittag (d.i. 5.1.)

Kalkberge, u.a. in der Redenstraße und vor der Villa des Gemeindevorstehers kommt es zu „größeren Kundgebungen Erwerbsloser, die von kommunistischer Seite angezettelt waren“. Polizei verhindert Stürmung einer Filiale von Goldacker in der Redenstraße; aus der Umgegend wurden Landjäger zusammengezogen, um die Menschen zu zerstreuen. Dabei setzten sie Gummiknüppel ein und drohten, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. „Zur Sicherheit“ wird die ansässige Polizei zukünftig von 10 Berliner Schutzpolizisten verstärkt.

dazu durchgesehen: VZ 5.1.-12.1.1933 (Morgen- und Abendausgabe); 13.1.1933 (Morgenausgabe)

KALKBERGE 13.1.1933

Überschrift „Aufhebung des Demonstrationsverbots in Kalkberge“ (Rubrik „Aus der Mark“) (in: Db 14.1.1933)

Komplettabschrift

„Das Demonstrationsverbot, das vom Kalkberger Amtsvorsteher am 6. Januar für den gesamten Polizeibezirk erlassen worden war, ist vom gestrigen Freitag [d.i. 13.1.1933] ab aufgehoben worden.“

KALKBERGE ca. 18.1.1933

Überschrift „Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen“ (Rubrik „Aus der Mark“/Großgemeinde Kalkberge) (in: Db 18.1.1933)

Komplettabschrift

„Die Gemeindeverwaltung hat sich, um alle Möglichkeiten zu erschöpfen, die geeignet sind, die Not der Erwerbslosen etwas zu lindern und Hilfe zu spenden, entschlossen, erneut *eine Geld- und Kleidersammlung* durchzuführen. Aus den Erträgen der Geldsammlung wird die Einlösung von Lebensmittelgutscheinen vom 1 April 1933 ab erfolgen. Diese Scheine werden schon in den nächsten Tagen, voraussichtlich am Freitag [d.i. 20.1.1933] dieser Woche ausgegeben werden, und zwar sollen verheiratete Erwerbslose einen Gutschein über 3 Mark und ledige Erwerbslose einen solchen über 2 Mark erhalten. Die Gutscheine können zur Bezahlung von Lebensmitteln auf den Kalkberger Wochenmärkten nicht verwendet werden.“

KALKBERGE ca. 28.1.1933

Überschrift „Kalkberge“. Nachricht (in: BL-A 28.1.1933, Nr. 24)

Volkshaus der Kommunist*innen in K., Wirt hatte an Stühlen, unter Tischen, unter dem Billardtisch Gummiknüppel zur Verteidigung bei Überfällen angebracht, wurde entdeckt bei nächtlicher Polizei-Razzia im Lokal.

Überschrift „Die Arbeitsmarktlage. Besserung in der Provinz – Verschlechterung in Berlin“ (in: NN 10.1.1933)

Gesamtzahl der „Arbeitssuchenden“ in Brandenburg 206.849 (196.245, Zahl vom 15.12.1932), „Wohlfahrtserwerbslose“ in Brandenburg 323.692
diverse Zahlenangaben, nicht immer eindeutig, s. auch RF.

Ereignisse und Daten 2/1933

UMLAND BERLIN

„Zahlreiche kommunistische Funktionäre in Woltersdorf verhaftet“ (in: NN 23.2.1933)

In Woltersdorf 13 Personen in „Schutzhaft“ genommen, „die sämtlich sich als kommunistische Funktionäre beschäftigt haben“. Verhaftungen auch in Erkner von Personen, die der SPD und der KPD nahe stehen. „In Kleinschönebeck befindet sich unter den Verhafteten der früher in Kalkberge ansässige Tischlermeister K., bei dem ein Druckapparat beschlagnahmt wurde.“

III. Anhang

::: Abkürzungen der Zeitungen (Angaben lt. ZDB)

BL-A = Berliner Lokal-Anzeiger. Berlin: Scherl.

Db = Das Dampfboot. Berliner Ostzeitung; parteilose Tageszeitung für die im 16. Groß-Berliner Verwaltungsbezirk vereinigten Orte Köpenick mit Uhlenhorst und Wendenschloß, Grünau, Bohnsdorf, Schmöckwitz, Müggelheim, Friedrichshagen, Rahnsdorf usw..
Berlin: Scheumann

L-A = Lokalanzeiger für Storkow und Umgebung. Amtliche Zeitung der Stadt Storkow; Anzeiger für Märkisch-Buchholz

NN = Niederbarnimer Nachrichten. Rüdersdorfer und Herzfelder Zeitung; amtl. Anzeiger für d. Amtsgericht Kalkberge u. d. Bezirksämter Kalkberge, Herzfelde, Rehfelde. Müller.

RF = Die Rote Fahne. Zentralorgan der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale)⁹⁵.

VZ = Vossische Zeitung. Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen. Berlin: Ullstein.⁹⁶

::: Dokumentation der durchgesehenen Ausgaben (soweit nicht anders angegeben die Morgen- und Abend-Ausgabe) bzw. Zeiträume:

1920⁹⁷BL-A 18.4.-3.5.1920

L-A 18.4.-3.5.1920

RF Mitte April bis Mitte Mai 1920

Db nicht überliefert

1930

RF 17.12.1930-24.12-1930

1932

BL-A 15.12.-21.12.1932

Db 10.12.-31.12.1932

L-A 15.12.-21.12.1932

NN 18.12.1932-31.12.1932

RF 16.12.-27.12.1932

VZ 20.12.-23.12.1932

⁹⁵ Digitalisiert abrufbar auf den Seiten der Staatsbibliothek zu Berlin. http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/24352111/?no_cache=1

⁹⁶ Digitalisiert abrufbar auf den Seiten der Staatsbibliothek zu Berlin. http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/27112366/?no_cache=1

⁹⁷ Wg. 1. Mai-Kundgebung in Kalkberge von Emil Eichhorn und Johanna Elberskirchen, vgl. Leidinger 2008: 305-309.

1933

BL-A 5.1.1933-9.1.1933

Db Januar 1933 komplett

L-A 5.1.1933-9.1.1933

NN Januar 1933 komplett

RF 4.1.-12.1.1933, 28.1., 29.1., 26.2.1933

VZ 5.1.-12.1.1933; 13.1.1933 (Morgenausgabe)

1943⁹⁸ NN 18.5., 19.5.1943

(Hinweis: L-A Jg. 1943 (5) Stabi/Westhafen Zeitungsabteilung: nicht vorhanden)

Zitiervorschlag:

Leidinger, Christiane: „Frauen erkämpfen Winterhilfe“?! Hungerproteste in Kalkberge im Winter 1932/1933 mit oder ohne Johanna Elberskirchen und Hildegard Moniac? – Dokumentation einer Recherche. Unter Mitarbeit von Ingeborg Boxhammer. Berlin/Bonn 2016 (26 S.). Online-Projekt Lesbengeschichte. Boxhammer, Ingeborg/Leidinger, Christiane. URL: http://lesbengeschichte.net/aktuelles_d.html#Anchor-Forschungssplitter-17147 [cited date].

⁹⁸ Johanna Elberskirchen starb am 17. Mai 1943. Leidinger 2008, Tochter, S. 464.